



Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume |
Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Der Staatssekretär

An die
Ansprechpartner der Fachministerkonferenzen
von AMK, UMK und VSMK für
den IT-Planungsrat
gemäß Verteiler

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: /
Meine Nachricht vom: /

Telefon: 0431 988-7210
Telefax: 0431 988-7369

17. Januar 2012

IT-Planungsrat

**Umsetzungsplanung der Nationalen E-Government-Strategie (NEGS);
hier: Stellungnahme zum NEGS-Umsetzungskonzept vom 13.10.2011**

Sehr geehrte Kollegen,

das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein begrüßt ausdrücklich, dass sich die Umsetzungsplanung der Nationalen E-Government-Strategie auf verwaltungs- und fachübergreifende Themen bzw. Projekte konzentriert und dass dabei eine enge Abstimmung mit den Fachministerkonferenzen vorgenommen wird.

Den übergeordneten Querschnittsthemen, auf die sich die Schwerpunktmaßnahmen der NEGS-Umsetzung beziehen, stimme ich zu. Hinweise, Vorschläge und Anmerkungen meines Hauses zu den einzelnen Maßnahmen entnehmen Sie bitte der beigefügten Anlage.

Mit freundlichen Grüßen


Ernst-Wilhelm Rabius

Anlage

Verteiler:

Herrn
Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft,
Verbraucherschutz und Landesentwicklung
Calenberger Straße 2
30169 Hannover

Herrn
Staatssekretär Dr. Stefan Birkner
Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz
Archivstraße 2
30169 Hannover

Herrn
Staatssekretär Sebastian Pini
Ministerium für Gesundheit und Verbraucherschutz
Ursulinenstraße 8-16
66111 Saarbrücken

Anlage: Hinweise, Vorschläge und Anmerkungen zur NEGS-Umsetzungsplanung

Die Ausgestaltung der NEGS sollte sich aus Sicht des MLUR-SH vorrangig am Nutzen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung orientieren. Als entscheidend wird angesehen, dass es dem IT-Planungsrat gelingt, mit den grundlegenden, querschnittsbezogenen IT-Infrastrukturprojekten verlässliche Rahmenbedingungen und Basisdienste für die Fachressorts zu schaffen. Die Entwicklung und der Betrieb der Fachanwendungen selbst müssen jedoch in der Verantwortung der Fachressorts bleiben. Hierbei sind möglichst länderübergreifende Kooperationen, ggf. mit Bundesbeteiligung, anzustreben. Mit den Behördenvereinbarungen VKoopUIS bzw. BvKoopVV sind hierfür im Umwelt- sowie im Verbraucherschutzbereich geeignete formale Rahmen geschaffen worden.

Die Bestandsaufnahme von häufig genutzten E-Government-Prozessen und -funktionen wird begrüßt, da in den Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzverwaltungen verschiedener Länder bereits elektronische Fachverfahren entwickelt worden sind oder sich zurzeit in der Entwicklung befinden, die bei der Umsetzung des Gesamtkonzepts berücksichtigt werden sollten. Beispielhaft sei hier das elektronische Abfallnachweisverfahrens (eANV) genannt, bei dem es vielfältige Bezüge und umfangreiche Erfahrungen zu den in der NEGS adressierten Themen gibt.

Für die zahlreichen Berichtspflichten in der Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzverwaltung werden teilweise bereits Verfahren für die elektronische Datenübermittlung eingesetzt. Eine weitergehende und zugleich praktikable Standardisierung des elektronischen Datenaustausches könnte den Verwaltungsaufwand aus Sicht des MLUR-SH reduzieren.

Zunehmende Bedeutung bei der Nutzung von Portalen und Fachanwendungen im Internet bekommen sichere, verlässliche und datenschutz-konforme Authentifizierungsverfahren. Die geplante Maßnahme „ID-Strategie für E-Government“ ist daher für Fachanwendungen von großem Interesse. Auch hierbei ist auf die Praktikabilität der Lösungen im Hinblick auf Akzeptanz und Wirtschaftlichkeit zu achten, zudem müssen sie sich einfach in Fachanwendungen implementieren lassen und untereinander Interoperabilität gewährleisten.

Die vom IT-Planungsrat angestrebte Vereinheitlichung des Informationssicherheitsniveaus und -managements auf allen Ebenen der Verwaltung sollte in Form einer Mindestanforderung, die flexibel ergänzt werden kann, ausgestaltet werden. Der Aufbau eines Verwaltungs-CERT-Verbunds als gemeinsame Basis zur Abwehr von IT-Angriffen wird begrüßt.

Mit Blick auf die im Bereich der Steuerungsprojekte erkennbaren Zentralisierungsbestrebungen wird unter Hinweis auf die im Aufbau befindlichen Geodateninfrastrukturen eine Vernetzung von dezentralen Systemen auf Basis einer gemeinsamen Infrastruktur für sachgerecht gehalten. Durch die Vereinheitlichung und Standardisierung von Datenstrukturen und Austauschformaten sollte der Zugang zu und der Austausch von Geodaten für die planenden Stellen verbessert werden.

Im Rahmen des weiteren Ausbaus der Netzinfrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen ist es aus Sicht des MLUR von besonderer Bedeutung, dass die bestehende länderübergreifende Zusammenarbeit im IT-Bereich gestärkt wird und eine medienbruchfreie Abwicklung von Prozessketten zwischen den Beteiligten gewährleistet ist. Bestehende Regelungen und Verpflichtungen zur Datenbereitstellung sollten mit neuen Anforderungen sinnvoll und ohne zusätzliche Bürokratie verknüpft werden. Zudem sollte bei der Umsetzung der NEGS beachtet werden, dass dort keine Festlegungen getroffen werden, die für die Länder kostenintensive Änderungen an ihren jeweiligen Fachinformationssystemen erforderlich machen.

Hinsichtlich des Themas „Förderung des Open Government - Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln“ ist darauf hinzuweisen, dass seitens der Umweltverwaltungen bereits jetzt - bspw. durch die Umweltinformations-Richtlinie, die INSPIRE-Richtlinie und die SEIS-Initiative der EU - gefordert wird, Informationen und Daten umfassend öffentlich bereitzustellen. Bei der Entwicklung von Open Government-Portalen sollten daher die Belange der Umweltverwaltung besonders berücksichtigt werden.

Abschließend wird vom MLUR-SH vorgeschlagen, dass seitens der UMK der Ständige Ausschuss Umweltinformationssysteme (StA UIS) generell in die Erarbeitung von Stellungnahmen zum IT-Planungsrat einbezogen wird.